

16. LANDTAG VON BADEN-WÜRTTEMBERG

68. Sitzung

Donnerstag, 19. Juli 2018

TOP 2

Aktuelle Debatte:

**„Altersversorgung der Parlamentarier im Landtag von  
Baden-Württemberg“**

Rede von

**Nicole Razavi MdL**

Parlamentarische Geschäftsführerin und stellvertretende  
Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion

*Es gilt das gesprochene Wort!*

**Abg. Nicole Razavi MdL (CDU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

„Änderungen in der Altersversorgung der Abgeordneten sind angebracht, um Versorgungslücken angemessen zu schließen, die durch die Wahrnehmung eines Landtagsmandats und dessen Dauer entstehen.“

So steht es im Abschlussbericht der Unabhängigen Kommission.

Diese Aufgabe, meine sehr geehrten Damen und Herren, die uns die Kommission aufgetragen hat, müssen wir lösen – das ist der aktuelle Stand –, und dazu brauchen wir sehr viel Ruhe, sehr viel Sachlichkeit und sehr viel Expertise.

Was wir nicht brauchen, ist eine Schaufensterdebatte, wie wir sie heute erleben, den Krawall, den die AfD zu einem Thema macht, in dem es vor allem um Sachlichkeit geht. Allein diese Tatsache stellt die Aktuelle Debatte von heute schon infrage.

An die Kollegen der AfD gerichtet sage ich nur: Was Sie heute hier vollziehen, ist relativ scheinheilig und auch billig. Ich kann nur sagen, dieser Bumerang – Kollege Sckerl hat es auch schon erwähnt – kommt ziemlich schnell auf Sie zurück.

Denn wenn man Sie so anschaut, dann haben Sie sich doch mittlerweile recht bequem in diesem System eingerichtet, das Sie so sehr kritisieren.

Jüngstes Beispiel ist die Einrichtung einer parteinahen Stiftung, die der Staat üppig mit vielen Millionen Euro finanzieren soll. Zunächst einmal haben Sie ein Schauspiel – interessant – abgezogen, Ihren Widerwillen vorgegaukelt, um dann schlussendlich doch der Versuchung zu erliegen, um ganz dahingestreckt selbst eine solche Stiftung einzurichten.

Das zeigt also, wenn es was zu holen gibt, dann sind Sie von der AfD ganz schnell an den Töpfen mit dabei. Kurz gesagt: Wasser predigen und Wein saufen; das ist die AfD.

Was zeigt es uns denn, dass Sie sich einer sachlichen Auseinandersetzung von Anfang an zu diesem Thema verweigert haben und stattdessen auf Krawallstrategie setzen?

Es zeigt, dass Sie so sehr von Abschottung und Ressentiments getrieben sind, dass Sie sich in Ihrem eigenen intellektuellen Irrgarten so sehr verfangen haben, dass bei Ihnen die eigenen Schotten schlicht und ergreifend dicht sind. Ihre Schotten sind dicht.

Sie sehen nicht einmal die Verantwortung, die Sie als Abgeordnete für dieses Land und für die Menschen tragen, oder Sie ignorieren sie auch ganz bewusst. Auch das kann ich mir sehr gut vorstellen. Dabei würde es sich wirklich gerade für die AfD lohnen, sich den Bericht der Unabhängigen Kommission sehr genau und mit großer Ernsthaftigkeit anzuschauen.

Denn die Kommission hat sich nicht nur zum Thema Altersversorgung geäußert, nein, sie hat auch viel dazu gesagt, was es bedeutet, Abgeordneter zu sein. Da hat sie uns einiges ins Stammbuch geschrieben, nämlich zur

- herausgehobenen Stellung der Abgeordneten,

- zu unseren umfangreichen Aufgaben und vor allem zur Bedeutung des freien Mandats.

Der Bericht betont die Selbstbestimmung und die Weisungsfreiheit der Abgeordneten und ihren – ich zitiere – „eigenen repräsentativen verfassungsrechtlichen Status“.

Die Kommission hebt die große Verantwortung der Abgeordneten hervor, etwa im Rahmen der Haushaltsgesetzgebung bei einem Budgetvolumen von 50 Milliarden Euro, und sie stellt nicht zuletzt fest – ich zitiere –: „Dass die Pflichten des Mandats die Abgeordneten heute zeitlich in einem Umfang in Anspruch nehmen, der ... übliche Arbeitszeiten erheblich übersteigt ...“.

Zum Mandat, meine sehr verehrten Damen und Herren, gehört es auch, dass wir als Abgeordnete ein Leben in der Öffentlichkeit und unter Dauerbeobachtung führen, die durch digitale Medien noch verstärkt wird. Auch das zählt die Kommission ausdrücklich zur außergewöhnlichen Inanspruchnahme von uns Abgeordneten. Abgeordnete haben damit insgesamt eine ganz besondere und einzigartige Stellung im Staat.

Allein diese Analyse der Kommission ist schon ungeheuer wertvoll, aber natürlich hat sich die Kommission vor allem mit dem Thema beschäftigt, das uns sehr am Herzen liegt, nämlich der Altersversorgung. Alle, die ihr Mandat ernstnehmen, wissen, dass die beschriebene Stellung Zeit und vor allem die ganze Person für das Mandat fordert. Eines ist dann nur gerecht: Wer sich so für die Gemeinschaft engagiert, braucht für diese Zeit eine angemessene Absicherung im Alter.

Die Unabhängige Kommission hat dazu festgestellt – ich habe es am Anfang schon zitiert –, dass wir Änderungen an der Altersversorgung brauchen, um die Versorgungslücken

angemessen zu schließen. Halten wir fest:

Erstens: Die Kommission sieht Handlungsbedarf bei der Altersversorgung der Abgeordneten.

Zweitens: Gegen die derzeitige Regelung bestehen sogar erhebliche verfassungsrechtliche Bedenken.

Und drittens: Der Vorsorgebeitrag gewährleistet vielfach keine angemessene Alters- und Hinterbliebenenrente mehr.

Wenn das Mandat seiner Bedeutung entsprechen soll und wenn wir weiterhin Menschen finden wollen, die bereit sind, ihre Zeit und ihre Persönlichkeit zum Wohle unseres Landes einzubringen, müssen wir hier unsere Hausaufgaben machen. Nicht ohne Grund fordert ja auch Artikel 40 unserer Verfassung eine angemessene Versorgung. Darum geht es, und das ist hier die Aufgabe, vor der wir stehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wo stehen wir denn jetzt? Nach Vorlage des Abschlussberichts haben sich die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP/DVP sehr intensiv mit den verschiedenen Modellen beschäftigt. Die Sache ist aber keineswegs schon entscheidungsreif, weil wichtige Fragen noch offen sind, so z. B.: Wo und wie müssen wir die derzeitigen rechtlichen Grundlagen ändern? Wie können Abgeordnete gegen Erwerbs- bzw. Berufsunfähigkeit abgesichert werden? Wie können Witwen und Waisen versorgt werden? Wie können Übergangslösungen rechtssicher ausgestaltet werden? Und wenn das Versorgungswerk die richtige Lösung sein sollte: Welches sollte es denn sein und in welcher Ausgestaltung?

Das sind nur einige der sehr, sehr zentralen Fragen, für die wir noch Antworten brauchen. Dafür brauchen wir, Frau Präsidentin, keine neue Kommission, die viel Geld kostet, sondern schlicht und ergreifend Expertise und Spezialisten aus dieser Kommission, die es schon gibt und die sich damit beschäftigt haben und uns darauf Antworten geben können.

Ganz klar ist für uns: Hier geht Gründlichkeit eindeutig vor Schnelligkeit, aber unser Ziel ist, dass wir bis zum Ende dieses Jahres Antworten haben. Wir wollen eine ausgewogene und rechtlich einwandfreie Lösung.

Ich glaube, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind, eine seröse und gute Lösung zu finden, und ich glaube und bin überzeugt davon, dass wir die Chance für eine sachliche, eine

umfassende und eine wichtige Aufbereitung des Themas genutzt haben, das letztendlich auch den Stellenwert dieses Parlaments und unserer Demokratie berührt. Lassen Sie uns daran konstruktiv weiterarbeiten. Die Kolleginnen und Kollegen der AfD sind weiterhin dazu herzlich eingeladen.

Vielen Dank!